

## **ANTRAG**

**der Fraktionen der SPD und CDU**

### **Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen in Deutschland verhindern**

Der Landtag möge beschließen:

- I. Der Landtag stellt fest, dass ein Großteil der Bevölkerung Vorbehalte gegenüber der grünen Gentechnik hat und eine abschließende Beurteilung der Auswirkungen für die menschliche Gesundheit, die Umwelt und die gentechnikfreie Landwirtschaft noch nicht möglich ist.
- II. Die Landesregierung wird aufgefordert,
  1. alle Möglichkeiten zu nutzen, damit ein Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen in Deutschland untersagt werden kann,
  2. im Falle länderspezifischer Regelungen dafür Sorge zu tragen, dass die Landwirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern gentechnikfrei bleibt.

**Dr. Norbert Nieszery und Fraktion**

**Vincent Kokert und Fraktion**

**Begründung:**

Die grüne Gentechnik betrifft die genetische Veränderung von Pflanzen in der Landwirtschaft. Der Anbau des gentechnisch veränderten Mais MON 810 wurde im Jahre 2009 in Deutschland verboten und die Kartoffel Amflora hat seit 2013 keine Zulassung für den Anbau mehr. Dies entspricht dem Willen der überwiegenden Mehrheit der Menschen in Deutschland, die keine Gentechnik in Lebensmitteln wollen.

Bei der gentechnisch veränderten Maissorte TC 1507, die resistent gegen bestimmte Pflanzenschutzmittel ist, ist es möglich, dass eine Zulassung durch die EU erfolgt. Ein tatsächlicher Anbau könnte dann in einigen Jahren erfolgen.

In Mecklenburg-Vorpommern hat die Koalition von SPD und CDU in der Ziffer 177 ihres Koalitionsvertrages festgelegt, den Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen abzulehnen. Die Auswirkungen von GVO-Anbau auf die menschliche Gesundheit und die Umwelt sind nach wie vor nicht ausreichend erforscht. Zudem ist noch nicht klar, welche Auswirkungen der Anbau von TC 1507 auf die gentechnikfreie konventionelle Landwirtschaft, den Biolandbau und die gentechnikfreie Honigproduktion hat. Ziel sollte es sein, mit einer bundeseinheitlichen Regelung den GVO-Anbau in Deutschland zu verhindern.

Es soll geprüft werden, inwieweit der Beitritt in das Europäische Netzwerk gentechnikfreier Regionen bei der Durchsetzung dieser Ziele unterstützen kann.